



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2020/3

→ Genehmigt am 17.9.2020

Datum/Zeit	Mittwoch, 25. Juni 2020, 18:00 - 20:15 Uhr
Ort	Katholische Kirche Guthirt, Obere Zollgasse 31, Ostermundigen
Vorsitz	Wipfli Hans (SVP) _____ 1
Mitglieder	Dähler Stefanie (SP) Fredrich Bettina (SP) Hangartner Judith (parteilos) ab 19:55 Uhr Kuert Matthias (SP) Rajaratnam Saibaven (SP) Tanner Adrian (Grüne) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (SP) _____ 8 Bucher Yannick (SVP) Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneiter Roger (SVP) Truog Markus (SVP) _____ 5 Fels Silvia (EVP) Löhner Sandra (CVP) Zürcher Myriam (EVP) _____ 3 Leiser Christoph (FDP) bis 19:55 Uhr Ravendran Shakthiraj (FDP) Rickenbach Rolf (FDP) Weibel Tobias (FDP) Zesiger Stefan (FDP) _____ 5 Rüfli Roland (parteilos) _____ 1 Luyet Cédric (GLP) Tamàs Oliver (GLP) Toggwiler Denis (GLP) Züllig von Allmen Dorothea (GLP) _____ 4 Bärtschi Mosimann Astrid (BDP) _____ 1 Total anwesend <u><u>28</u></u>
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Gasser Melanie (GLP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Thomann Andreas (SP) und Weber Hadorn Maya (SP)
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.

Entschuldigt

Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (parteilos), Fiechter Beat (BDP), Friedli Hans Peter (SVP), Gränicher Adrian (SVP), Mahler Rudolf (SP), Nova Colette (SP), Selmani Emsale (SP), Streule Christian (parteilos), Thomann Thulani (SP), Wagner Martina (EVP), Zaugg Gerhard (SVP) und Zysset Walter (SVP)

TRAKTANDEN

299. Verwaltungsbericht 2019; Genehmigung	89
300. Jahresrechnung 2019; Genehmigung	95
301. Jugendamt; Ferieninsel; Überführung Projektphase in Regelangebot; Berichterstattung und Kreditgenehmigung.....	99
302. Wasserversorgung; Gruben- und Paracelsusstrasse; Neuerstellung von öffentlichen Wasserleitungen; Genehmigung eines Investitionskredits	103
303. Abwasserentsorgung; Perimeter "Rörswilstrasse"; Erneuerung und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen; Genehmigung eines Investitionskredits	104
304. Orientierungen des Gemeinderates	105
a) Corona-Pandemie; Stand des Geschäftes	105
b) Kooperation Bern; Stand des Geschäftes	105
c) Kindertagesstätte "Oberfeld"; Information	106
d) Hängige parlamentarische Vorstösse; Stand der Geschäfte	107
e) Hochbau; Stellenetat	108

305. Dringliche, überparteiliche Interpellation Weiterführung der Kindertagesstätte „Oberfeld“; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung	111
306. Volksmotion betreffend wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; parlamentarischer Neueingang.....	112
307. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind Deutschkurs zur Abteilung Soziales; parlamentarischer Neueingang.....	113
308. Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Unterstützungsmassnahmen fürs Kleingewerbe in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang	115
309. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise; parlamentarischer Neueingang.....	117
310. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Was unternimmt Ostermundigen um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?; parlamentarischer Neueingang.....	119
311. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	121

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2020.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Das notwendige und vom Regierungsrat genehmigte „Schutzkonzept“ für die beiden GGR-Sitzungen vom 24. und 25. Juni 2020 ist in der Zwischenzeit vom Bundesrat wieder gelockert worden:

- ① Der Mindestabstand zwischen zwei Personen wird von 2 auf 1,5 Meter reduziert.
- ① Primär war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Seit dem 22. Juni 2020 dürfen die Parlamentssitzungen wieder öffentlich durchgeführt werden.
- ① Parlamentarische Vorstösse können am gekennzeichneten Tisch zur Unterschrift aufgelegt werden.
- ① Die Zuschauerinnen und Zuschauer werden gebeten, sich in die aufliegende Liste „Kontaktdaten“ einzutragen. Die Liste wird nach 14 Tagen durch den Ratssekretär vernichtet.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **27 Ratsmitglieder** anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt zu Traktandum Nr. 300 Herr Martin Reusser, stellvertretende Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, an der heutigen Sitzung teil.

Da der Stimmzähler Walter Zysset (SVP) heute Abend abwesend ist, hat das Parlament einen Ersatzstimmzähler zu wählen.

A b s t i m m u n g

Markus Truog (SVP) wird einstimmig als Ersatzstimmzähler gewählt.

1. Die nächste Sitzung findet am 17. September 2020 statt.
2. Im Oktober findet eventuell wieder eine Doppelsitzung statt. Reserviert euch zusätzlich den Mittwoch, 28. Oktober 2020.

Traktandenliste

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Traktandum Nr. 304 „Orientierungen des Gemeinderates“ beinhaltet die Themen:

- a. Corona-Pandemie; Stand des Geschäftes - Sprecher: T. Iten
- b. Kooperation Bern; Stand des Geschäftes - Sprecher: T. Iten
- c. Kindertagesstätte Oberfeld; Info runder Tisch - Sprecherin: M. Gasser

- d. Hängige parlamentarische Vorstösse; Stand des Geschäftes (siehe Tischauflage) - Sprecherin: B. Steudler

Liegen noch Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

Persönliche Erklärung

Bettina Fredrich (SP): Es freut mich besonders, dass unter "Orientierungen des Gemeinderates" über die Kindertagesstätte "Oberfeld" Informationen abgegeben werden. Ich habe zu diesem Thema eine dringliche Interpellation vorbereitet und möchte, dass diese bereits heute Abend vom Gemeinderat beantwortet wird. Bei den Eltern und Mitarbeitenden ist zurzeit eine grosse Unsicherheit feststellbar. Wir möchten vom Gemeinderat wissen, was seine Absichten sind, die Kindertagesstätte weiter zu führen.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich habe ebenfalls noch eine Ergänzung entgegengenommen. Die Departementsvorsteherin Hochbau wird unter "Orientierungen des Gemeinderates" zum Thema "Hochbau; Stellenbesetzung" informieren.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

10.1.31 Verwaltungsbericht

299. Verwaltungsbericht 2019; Genehmigung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Wir werden das Geschäft in zwei Schritten diskutieren. Zuerst kann sich der Rat zur Botschaft im Allgemeinen und anschliessend zum "Verwaltungsbericht" in der Detailberatung äussern.

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Die GLP/BDP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht 2019 studiert und zur Kenntnis genommen. Herzlichen Dank allen Mitarbeitenden resp. Verfasserinnen und Verfasser.

Wir werden der gemeinderätlichen Botschaft zustimmen und den Verwaltungsbericht genehmigen.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion bedankt sich bei den Abteilungen und dem Gemeinderat für die inhaltlich interessanten Beiträge. Was uns sehr positiv stimmt, sind die kulturellen Angebote in unserer buntgemischten Gemeinde. Wir begrüssen die Fördermassnahmen für ein gutes Miteinander und für die dringende Integration der verschiedenen Nationalitäten.

Verschiedene Abteilungen beschäftigen sich mit der Thematik "Kinder und Jugendliche". Das gefällt uns sehr. Es stösst aber auch die Frage auf, ob die ältere Generation nicht auf der Strecke bleibt?

Roger Schneiter (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich ebenfalls für die Arbeiten für den Verwaltungsbericht. Auch wir werden diesen wie vorliegend genehmigen.

Christian Zeyer (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion nimmt den Verwaltungsbericht dankend zur Kenntnis. Wir haben festgestellt, dass er kürzer verfasst wurde. Irritierend ist, dass gewisse Aussagen Jahr für Jahr an der gleichen Stelle nachgelesen werden können (--> Kopieren + Einfügen). Wir wünschen uns in einer Gemeinde gewisse Veränderungen; in einigen Abteilungen scheinen diese nicht stattzufinden - das ist sehr schade.

Noch eine Anmerkung zum Sitzungsablauf:

Wieso wird nach jeder Sprecherin und Sprecher der Plastiksack des Mikrofons gewechselt? Ein Plastiksack hat mich in der Regel noch nicht Rückangespuckt! Also ist die Ansteckung bei einem Plastiksack relativ klein.

Bettina Fredrich (SP): Eine Bemerkung zur Abteilung Soziales:

Verfasst wurden 9 Seiten von 54 und die sind quantitativ eindrücklich. Beachtlich, was die Abteilung Soziales leistet. Das zeigt, wie wichtig sie für Ostermundigen ist.

- Auf S. 47 kann man lesen:

Sozialarbeitende betreuen in Ostermundigen im Schnitt 96,5 Sozialhilfefälle. Das ist viel. Pro Fall steht pro Monat etwa 1 Stunde zur Verfügung.

Wir wissen heute aus Studien - z. B. Winterthur - dass die Sozialhilfekosten sinken und mehr Personen von der SH abgelöst werden können, wenn die Fall-Last unter 75 liegt. In Winterthur sanken die Kosten pro Fall um mehr als 1'400 Franken, als man die Falllast reduzierte.

Die zeitlichen Ressourcen der Sozialarbeitenden sind entscheidend. Mit mehr Personal bessere, nachhaltigere und günstigere Lösungen erzielen - das Ganze nennt sich investive Sozialpolitik.

Wenn ich S. 47 lese: «Durch den Ausbau des internen Controllings und der konsequenten Umsetzung der Sanktionsmöglichkeiten konnte der Anstieg (in der Sozialhilfe) durchbrochen werden.» werde ich stutzig ob Controlling und Sanktionen hier nicht etwas zu kurz greifen. M.E. sollte Ostermundigen das Eine tun und das Andere nicht lassen. Dies auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise, welche die Arbeitsintegration speziell fordert. Die Fraktion SP/Grüne/ Gewerkschaften haben deshalb heute auch einige Fragen in Form einer Interpellation zur Armutsbekämpfung eingereicht.

Zweite und weitere kurze Anmerkungen:

- Schrittweise: 20 Plätze im Frühförderprogramm für den Start im September 2020 waren bereits ein Jahr im Voraus schon 18 besetzt. Erfreulich, dass man die Familien erreicht und das Vertrauen vorhanden ist - das ist nicht selbstverständlich. Gleichzeitig zeigt sich auch hier, dass das Angebot nicht ausreicht. Es braucht mehr Ressourcen. Denn auch hier gilt: Wer das Sozialkässli mittelfristig entlasten will, tut dies am besten mit qualitativ guter Frühförderung und Integration.
- Beeindruckend ist die Warteliste bei den Kindertagesstätten: 163 Kinder (Stand 2019) und in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Von Seiten Gemeinde Ostermundigen ist ein grosser Effort notwendig, um die vielen Anfragen decken zu können.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Mit diesem Votum von Bettina Fredrich sind wir nun in der Detailberatung auf Seite 46 ff "Abteilung Soziales" angekommen. Gibt es zu dieser Abteilung noch Wortmeldungen?

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Ich nehme gerne kurz zu den Fragen der Vorrednerin Stellung:

- Ich kenne die erwähnte Studie ebenfalls und kann fachlich die Aussage unterstützen. Es ist in Ostermundigen primär eine Ressourcenfrage. Wir sind bereits in der Unterfallbelastung des Kantons. Der Kanton empfiehlt mit seinen Pauschalen 100 Fälle pro Mitarbeitende. Die Schwankung pro Jahr muss aufgefangen werden können. Schlussendlich wäre es sinnvoll, wenn auf kantonaler Ebene der Missstand platziert würde.
- Arbeitsintegrationsplätze sind sehr teuer und werden nur sehr beschränkt vom Kanton subventioniert. Wir haben einen qualitativ guten Anbieter gefunden. Zusammen mit der Stadt Bern können wir die beste Performanz anbieten. Wir haben lediglich einen Arbeitsintegrationsarbeitsplatz, welcher durch die Gemeinde finanziert wird.

- Ausbau "schritt.weise": Da möchte ich nichts anfügen. Die Nachfrage ist sehr hoch und das Parlament hat das Geschäft bereits eingehend diskutiert. Die Meinungen gehen weit auseinander. Eine Investition in die Frühförderung lohnt sich langfristig.
- Die Warteliste ist sehr lang und fällt mit dem Gutscheinsystem weg. Die Gemeinde Ostermundigen wird da ihr Controlling verlieren. Die Bemühungen sind da, neue KiTa-Betreiberinnen in die Gemeinde Ostermundigen zu holen. Mit Hilfe von Silvia Fels (EVP) konnte eine Kindertagesstätte an der Oberen Zollgasse eröffnet werden. Der Gemeinderat ist bestrebt, das Angebot in Ostermundigen auszubauen.
- Kindertagesstätte "Oberfeld": Dazu werde ich später meine Stellungnahme abgeben (siehe Traktandum Nr. 304 c).

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Zur Abteilung Soziales liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir beginnen die Detailberatung jetzt von Seite 4 ff an.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte mich zum Thema "Vergangenheitsbewältigung" äussern:

- Seite 8 - Motion 2.1.3; Motion 2.1.5; Motion 2.1.6

Der Zeitrahmen der Erheblicherklärungen sind die Jahre 2008 bis 2009. Diese parlamentarischen Vorstösse sind seit über 12 Jahren nicht erledigt worden. Jedes Jahr äussere ich mich mit denselben Voten und hoffe, dass etwas in Gang gesetzt wird; vergeblich.

Im Jahr 2009 wurde das Velokonzept zuerst in die Priorität 3 verschoben - aber nicht so im GGR besprochen. Im Verwaltungsbericht kann nachgelesen werden, dass eine Umsetzung seitens Gemeinderat nie in Betracht gezogen worden ist. Gewisse Dinge wurden begonnen, um sie als dann wieder beiseite zu legen. Die Veloschnellstrasse wurde vorgeschoben. Letztendlich wurden noch fehlende Kapazitäten ins Feld geführt.

Seit mehreren Jahren gebe ich keine Motionen mehr ein. Ich verzichte seit längerer Zeit auf die Eingabe von politischen Vorstössen aus einem einfachen Grund: Entweder werden die Vorstösse auf die lange Bank geschoben und einfach nicht umgesetzt.

Bezüglich "Velo" ist es mir aber besonders wichtig, dass wir da etwas unternehmen. Aus diesem Grund reichen wir heute Abend zu diesem Thema eine Interpellation ein.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Wir fahren mit der Diskussion ab Seite 18 ff fort. Zu den Abteilungen Präsidiales, Bildung, Kultur, Sport und Finanzen/Steuern liegen keine Wortmeldungen vor.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte den Hochbau und den Tiefbau + Betriebe zusammenführen - damit können wir Plastiksäcke sparen! Ich möchte den beiden Departementsvorstehenden die gleiche Frage stellen:

Hier kann die "kopieren/einfügen"-Sache festgestellt werden. Renovationen und Sanierungsmassnahmen wurden in den letzten Jahren zurückgestellt.

- Was bedeutet das für die Infrastrukturen der Gemeinde Ostermundigen?

- Wann sind die Abteilungen gewillt, diesen Missstand auszuräumen?

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich nehme gerne zu dieser Frage Stellung:

- ① Es stimmt: Wir haben einen Rückstau! Wir müssten bei unseren Gemeindeliegenschaften unbedingt mehr machen - wir schieben einen "Tsunami" vor uns her. Dieser lässt sich auch in 10 Jahren nicht abbauen. Was unternehmen wir?
- ① In den Budgetverhandlungen geben wir die notwendigen Ansprüche ein. Damit sollte der Tsunami abgebaut werden können. Letztendlich werden immer wieder die Budgetverhandlungen vom Parlament gestutzt resp. gekürzt.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Wir geben unsere Projekte ein (siehe auch Investitionsprogramm und Finanzplan). Wir probieren, Investitionen umzusetzen. Wir leben jedoch alle stetig mit dem Messer am Hals, wenn es um die notwendigen Investitionskredite geht. Wir nehmen Budgetverhandlungen resp. Sparverhandlungen vor. Am Schluss fällt dann alles der Sparrunde zum Opfer! Unter dem Spardruck der letzten Jahre sollte allen bekannt sein, wo letztendlich noch die halbe Million eingespart werden kann?

--> Bei den Abteilungen Hochbau und Tiefbau + Betriebe!

Neunzigprozent der Gesamtbudgetausgaben sind von Gesetzeswegen vorgegebenen. Über die restlichen zehn Prozent können wir Abteilungen diskutieren. Ich bin gespannt über die bereits gestarteten Budgetverhandlungen 2021.

Soviel zur real existierenden Kommunalpolitik.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Wir fahren mit der Detailberatung fort. Wir kommen zu der Abteilung Öffentliche Sicherheit (Seite 44 ff).

Priska Zeyer (SP): Mir ist bei der Abteilung Öffentliche Sicherheit folgendes aufgefallen:

- Seite 45 - Deutschkurs

Die Deutschkurse der ISA werden aufgeführt, die Teilnehmerzahl bei den Deutschkursen bleibt aber sehr tief. In einer Gemeinde wie Ostermundigen macht mich dies sehr stutzig.

Gleichzeitig habe ich bei der Jahresrechnung 2019 sehr lange gesucht, und habe für diesen Punkt „Deutsch Sprachkurse“ keinen einzigen Franken gefunden. Ich weiss, ich greife vor, die Jahresrechnung kommt nachher, aber für mich gehört das zusammen.

Entweder bin ich blind, oder der Betrag, der dafür aufgewendet wird, ist anderswo gut versteckt. Hundetoiletten zum Beispiel sind separat aufgeführt, und dafür sind 40'000 Franken im Aufwand angegeben. Da habe ich mich schon gefragt, wo bleibt der Deutschsprachkurs? Welcher Stellenwert hat dieser bei der Abteilung Öffentliche Sicherheit (Seite 110 bis 118 oben in der Jahresrechnung)? Diese Fragen hätte ich gerne beantwortet.

Und zum Schluss:

Weil wir der Meinung sind, dass das Thema "Deutschsprachkurs" grundsätzlich zur Abteilung Soziales gehört, weil nur so eine viel bessere Koordination mit anderen Playern im Bereich Integration möglich ist, Stichwort „schritt:weise“, habe ich eine Motion vorbereitet. Mit dem Auftrag, die Verantwortung für die Deutschkurse wieder der Abteilung Soziales zu übertragen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Ich werde beim Thema "Rechnung 2019" ebenfalls eine Stellungnahme abgeben und das ohne Plastiksack - ich werde dies überleben!

----- **Gelächter bricht aus** -----

Wir haben eine neue Lösung gefunden. Vorweg:

Die Deutschkurse waren immer der Abteilung Öffentliche Sicherheit zugeteilt. Aber das Historische können wir dann bilateral noch klären. Was die Zahlen der Deutschkurse anbelangt, ist uns ebenfalls aufgefallen, dass die Zahlen zu tief sind. Wir sind daran, eine bessere Lösung zu suchen und das erste Gespräch ist bereits im Juli. Auf den Betrag in der Rechnung werde ich im Rahmen der Rechnung eingehen.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Liegen noch Wortmeldungen zur Detailberatung vor?

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2019 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2019 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

Absender	Begehren	eingereicht	erheblich erklärt
Motionen			
Überparteilich	Zukunft der Personalvorsorge der Gemeinde Ostermundigen	02.07.2015	02.07.2015
Überparteilich	Verankerung des Öffentlichkeitsprinzips in der Gemeindeordnung	23.08.2018	13.12.2018
Überparteilich	Fusionsmöglichkeit in Planungsprozesse einbeziehen	21.02.2019	27.06.2019
Postulate			
Überparteiliche	Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)	12.02.2015	02.07.2015
FDP.Die Liberalen-Fraktion	Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentral der Stadt Bern	22.10.2015	10.03.2016
GLP-Fraktion	Das Budget 2020 enthält Begründungen	01.11.2018	01.11.2018
Christian Zeyer (SP)	Mit dem Budget 2020 legt der Gemeinderat in einem kurzen Bericht dar, wo bereits Kürzungen vorgenommen wurden	01.11.2018	01.11.2018

300. Jahresrechnung 2019; Genehmigung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Uns liegt eine sehr erfreuliche Jahresrechnung 2019 zur Genehmigung vor. Dank dem Zuwachs von juristischen Personen (Steuererträge +4,153 Mio.) konnte ein Gewinn verbucht werden. Die Wirtschaftspolitik des Gemeinderates von Ostermundigen kann die ersten Früchte ernten. Es ist nicht selbstverständlich, einen solchen Mehrertrag zu erwirtschaften.

Zu erwähnen gilt es bereits heute, dass in Zukunft kein solcher Mehrertrag mehr ausgewiesen werden kann. Im Budget wird es sehr schwierig sein, die Budgetpositionen relativ genau zu benennen. Ich gehe von einem einmaligen Zuwachs aus.

Auf der Seite 81 der Jahresrechnung wird insbesondere der Mehrertrag (Bilanzüberschuss) abgebildet. Es sind dies die

- Spezialfinanzierung Mehrwertabgabe von CHF 4,63 Mio. (das sind sogenannte Reserven);
- Konto 2940: Finanzpolitische Reserve von CHF 1,88 Mio. (mit der Auflösung der PVS BIO konnten CHF 6 Mio. angehäuft werden);
- Das Eigenkapital von heute rund CHF 9 Mio. wird im Konto 299 abgebildet.

Sehr erfreulich ist ebenfalls, dass in den letzten drei Jahren rund 15 Mio. Franken an Fremdkapital zurückbezahlt werden konnten. Die Nettoschuld pro Einwohner betrug im Jahre 2016 rund 2'000 Franken. Im Jahre 2019 sind wir noch bei 590 Franken. Das ist ebenfalls eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Im Moment haben wir die finanziell schwierigste Situation überstanden. Es sieht aus, dass wir auch in Zukunft mit dem heutigen Steuerfuss weiter arbeiten können. Wir sind bereits mit der Erarbeitung des Budgetprozesses 2021 beschäftigt.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Wir wollen das Geschäft in zwei Schritte beraten:

1. Zuerst diskutieren wir über die GGR-Botschaft und
2. anschliessend wird die Detailberatung an die Hand genommen.

Silvia Fels (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion freut sich natürlich über den vorliegenden Jahresabschluss.

Es gibt uns als Gemeinde wieder etwas Luft und das können wir ja immer noch sehr gut gebrauchen. Beim näheren Hinschauen merkt man schnell, dass dieses gute Resultat nicht auf Dauer ist. Das Plus in der Kasse hat mit einer einmaligen Steuergeschichte der juristischen Personen zu tun. Wie es diesen Firmen und vor allem den kleinen KMU in der nächsten Zeit gehen wird, wissen wir nicht. Die ganze Corona Pandemie kann uns genau da, wo das Geld jetzt hergekommen ist, wieder ein grosses Loch beschern.

Sicher gäbe es noch viel zur vorliegenden Rechnung zu sagen. Zum Beispiel über die Entwicklung der Steuereinnahmen der natürlichen Personen, wo wir doch alle erwartet haben, dass durch die vielen Überbauungen Mehreinnahmen kommen sollten. Da müssen wir uns sicher noch in Geduld üben. Oder über die vielen externen Leistungen, die unsere Gemeinde beziehen muss, weil es in gewissen Bereichen keine oder zu wenig Fachpersonen gibt, lohnbedingt oder auch arbeitsmarktbedingt. Ganz klar ist, dass die Gemeindeentwicklung über alle Themen hinweg gut im Auge behalten werden muss und dass weiterhin eine sorgfältige Planung und Budgetierung nötig ist. Dafür stehen alle Gremien in der Pflicht: der Gemeinderat, die Verwaltung bis hin zum Parlament.

Christian Zeyer (SP): Immer wieder im Mai kann in den Zeitungen nachgelesen werden: Der "Overshoot Day"¹ ist vorbeigezogen. Das ist der Moment in der Schweiz, wo die erwirtschafteten Ressourcen bereits verbraucht sind, d. h. ab diesem Zeitpunkt leben wir auf "pump". Bezogen auf die Finanzen der Gemeinde Ostermundigen ist der "Overshoot Day" im Laufe des Novembers. D. h. wir leben ungefähr 1 1/2 Monate auf "pump". Bis heute haben wir einige Sparkässli geschlachtet. Am falschen Ort gespart und Investitionen hinausgeschoben - dass ist der Spielertrick des Gemeinderates.

"Glück gehabt" könnten wir bei der Betrachtung der Jahresrechnung 2019 sagen. Aber jeder Bauer weiss genau, wann das letzte Schwein geschlachtet ist. Als dann gibt es kein Fleisch mehr!

Cédric Luyet (GLP): Im Namen der GLP/BDP-Fraktion möchte ich erwähnen, dass der positive Jahresabschluss mehr als erfreulich ist. Auffallend ist, dass der Abschluss sogar mit zusätzlichen Abschreibungen von 4,2 Mio. Franken erzielt worden ist. Der Abschluss ist um ein vielfaches besser als die ausgewiesenen 23'000 Franken!

Auf der anderen Seite ist es schade, dass eine massive Diskrepanz zwischen Budget und Rechnung festgestellt werden muss. Das war bereits im Jahre 2018 so. Ein grosses, prognostiziertes Budget wurde mit einer positiven Jahresrechnung aus der Welt geschafft.

Viele Einsparungen waren gar nicht mehr möglich, da die Zitrone bereits ausgepresst ist. Die Einsparungen und die darauf folgenden Misstöne sind nicht nötig. Die Budgetierung ist ein politisches Entscheidungsinstrument. Die Jahresrechnung ist die Nachbetrachtung des Geschäftsjahres. Trotzdem müssen die grössten Diskrepanzen zwischen Budget und Jahresrechnung erwähnt resp. analysiert werden. Im Budget fallen zwei schwergewichtige Diskrepanzen auf:

1. Der Steuerertrag der juristischen Personen

Fluktuationen sind nicht zu verhindern. Aber die Umwuchtungen in den letzten vier Jahren müssen genauer analysiert werden. Bereits vor sechs Monaten hat die GLP/BDP-Fraktion eine

¹ Wikipedia: Der **Earth Overshoot Day** (auch „**Erdüberlastungstag**“ genannt – und immer seltener auch „Ecological Debt Day“, „Welterschöpfungstag“, „Weltüberlastungstag“ oder „Ökoschuldentag“) ist in einer jährlichen Kampagne der Organisation [Global Footprint Network](#) der Tag des laufenden Jahres, an dem die menschliche [Nachfrage](#) nach [nachwachsenden Rohstoffen](#) das [Angebot](#) und die Kapazität der Erde zur [Reproduktion](#) dieser [Ressourcen](#) in diesem Jahr übersteigt. Der Earth Overshoot Day ist ein [Aktionstag](#).

Motion eingereicht, die verlangt, dass eine Finanzstrategie (mit externen Expertisen) geschaffen wird. Die Jahre 2018 und 2019 verstärken unsere Ideen, welche in der Motion aufgeführt sind. Die Kontrolle der Steuererklärungen der grösseren juristischen Personen sowie die Korrektheit der Steuerausscheidungen ist mehr als notwendig. Eine externe Expertise ist genügend begründet.

2. Der Lastenausgleich resp. der Transferertrag

Dieser ist um 2 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert. Es stellt sich nach wie vor die Frage, ob die Parameter der Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) stimmen bzw. der Gemeinde Ostermundigen stehen aus dem FILAG mehr Erträge zu? Die Beantwortung der Interpellation aus dem Mai 2015 ist immer noch ausstehend! Dies ist ebenfalls ein Grund, dass wir vor einem halben Jahr die überparteiliche Motion eingereicht haben, welche hoffentlich an der nächsten GGR-Sitzung vom Parlament erheblich erklärt wird.

Fazit

Es ist wichtig, die grossen Beträge unter die Lupe zu nehmen. Kleine Fehler haben bei diesen Posten grosse Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen und unseren Alltag. Fehler müssen von externen Stellen analysiert werden. Die Abteilung Finanzen/Steuern kann nicht die Funktion einer "Finanzstrategie" übernehmen. Die Abteilung ist auf das Instrument "Finanzstrategie" angewiesen.

Roger Schneiter (SVP): Die SVP-Fraktion hat die Jahresrechnung genüsslich entgegengenommen. Wir haben eine riesen Freude gehabt; endlich einmal schwarze Zahlen ausweisen. Wir möchten allen Beteiligten dafür herzlich danken.

Wichtig ist:

→ Bleiben wir am Boden!

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Zur Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir starten mit der Detailberatung.

Aliki Panayides: Noch eine Anmerkung zur Frage von Priska Zeyer (SP) während der Debatte "Verwaltungsbericht 2019":

Vorweg möchte ich - weil das Hundewesen angesprochen wurde - darauf hinweisen, dass dies nicht separat ausgewiesen wird, weil wir eine besondere Affinität zu Hunden hätten und andere Tiere diskriminieren möchten, sondern weil das gebührenfinanziert ist und somit separat ausgewiesen werden muss.

Ich habe den gesuchten Kursposten in der Rechnung 2019 auf Anhieb auch nicht gefunden und schlage vor, dass ich im Rahmen der Beantwortung des Vorstosses die Frage beantworte.

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Jahresrechnung 2019 wird genehmigt.
2. Die Nachkredite von CHF 300'454.51 (die in der Kompetenz des GGR liegen) werden genehmigt.

63.6.51 Prävention

301. Jugendamt; Ferieninsel; Überführung Projektphase in Regelangebot; Berichterstattung und Kreditgenehmigung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Sandra Löhner (CVP): Die EVP/CVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. "Freude herrscht" - das die "Ferieninsel" als fixes Dienstleistungsangebot der Gemeinde Ostermundigen aufgenommen wird. Das deckt sich mit dem politischen Vorstoss der EVP/CVP-Fraktion zum Familienkonzept.

Es ist wichtig für die Eltern, dass ihnen Planungssicherheit geboten wird. Sie müssen sich auf das Angebot verlassen können.

Von der Schule erhalte ich immer einen Flyer. Zwar immer relativ knapp vor den Ferien - aber immerhin kommt er. Auch auf der Homepage wird über die "Ferieninsel" Auskunft erteilt. Die diversen Angebote gilt es nun zu koordinieren.

Eine Frage stellt sich mir noch:

Gestern Abend wurde das "Reglement familienergänzende Kinderbetreuung" intensiv beraten. Das Geschäft war für die Mai-Sitzung vorgesehen. Die Sozialkommission konnte zum Reglement keine Stellungnahme abgeben. Ich lese in der GGR-Botschaft auf Seite 6 aber nun:

Mitbericht Sozialkommission

Die SOKO hat dem Geschäft am 5.5.2020 auf dem Zirkularweg (Einschränkungen wegen Corona) einstimmig zugestimmt.

Warum war dies beim "Reglement familienergänzende Kinderbetreuung" nicht möglich?

Stefanie Dähler (SP): Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion haben mit Freude festgestellt, dass die "Ferieninsel" in Ostermundigen, nach Turbulenzen bezüglich des Anbieters, ein Erfolg ist und die Zahlen zeigen, dass sie auch rege benutzt wird.

Für viele Eltern ist die Organisation der Kinderbetreuung während der Schulferien nach wie vor ein Kraftakt. Familien die auf familienexterne Betreuung während der Schulzeit angewiesen sind, sind es meistens auch während den Schulferien. Die Ferieninsel ermöglicht, dass die Kinder während 7 Schulferienwochen pädagogisch sinnvoll betreut sind und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf massiv erleichtert wird.

Auch wenn nach dem Wechsel des Anbieters nur 10 Kinder in den Sportferien 2020 das Angebot genutzt haben und das Frühlingsferienangebot 2020 bekanntlich nicht durchgeführt werden konnte, haben die Anmeldungen gezeigt, dass die Frühlingsinsel gut besucht gewesen wäre, wäre nicht "Homeschooling", "Homeoffice" und "Stay at Home" dazwischengekommen.

Für potentielle Zuzügerinnen und Zuzüger ist das familienexterne Betreuungsangebot ein zentrales Auswahlkriterium ihres Wohnortes. Mit der "Ferieninsel" schaffen wir uns einen Standortvorteil und das Angebot ist, im Hinblick auf eine Fusion mit Bern, fusionstauglich.

Für unsere Fraktion sind die jährlich anfallenden Nettokosten von 35'000 Franken sinnvoll investiertes Geld. Investition in unsere Kinder ist immer eine Investition in die Zukunft. Darum unterstützen wir die Überführung der Ferieninsel von der Projektphase zu einem fixen Dienstleistungsangebot der Gemeinde Ostermundigen.

Rolf Rickenbach (FDP): Die FDP, Die Liberalen-Fraktion unterstützt die "Ferieninsel". Uns haben sich noch drei Fragen gestellt:

1. Die "Kinderanzahl" ist wie zu interpretieren?

212 Kinder in 8 Wochen ergibt 27 Kinder pro Woche (Basis die Schülerzahl) = 1,5 Prozent. Das ist für mich sehr wenig. Wie ist das zu interpretieren?

2. Zu den "Finanzen"; das Delta öffentliche Unterstützung und Beitrag der Eltern

Wenn ich richtig informiert bin, bezahlt der Kanton einen Beitrag von 30 Franken pro Tag pro Kind. Beahlt die Gemeinde Ostermundigen gleich viel? Sollte die Finanzierung nicht ungefähr 50 zu 50 sein? Der Ansatz 20 zu 70 ist ein relativ tiefer Ansatz. Ich wäre froh um eine Rückmeldung.

3. Standortmarketing

Für potenzielle Zuziehende ist das Angebot genial. Beim Lesen des GPK-Protokolls hat mich überrascht, dass von Seiten Gemeinderat zur Zusammensetzung der Kinder keine Angaben gemacht worden sind. Die Zusammensetzung ist sehr interessant. Wie ausgewogen ist die Belegung der Kinder?

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Besten Dank für die Voten. Ich bin erfreut, dass das Projekt "Ferieninsel" nun zum Fliegen kommt. Ich möchte mit der Beantwortung der Frage beginnen:

① Auslastung in den Sommerferien

Wir haben Anmeldungen von 30 Kindern erhalten. Total werden 122 Tage besucht.

① Anmeldefrist (von Sandra Löhner)

Die Flyer werden zusätzlich in den Schulen verteilt. Bereits mit den Rechnungen der Tages-schulen werden die Flyer verschickt. Anfangs Jahr werden die Wochen publiziert. Damit wissen die Eltern, wann die Angebote stattfinden und besucht werden können. Die längere Anmeldefrist könnte noch kommuniziert werden.

① Sozialkommission; Zirkularbeschluss

Wir werden das Reglement der SOKO nachträglich noch vorlegen. Die Diskussion kann im Rahmen des Betreuungsreglements geführt werden. Die SOKO hat auch die Möglichkeit, eine strategische Diskussion zu führen - das liegt in ihrer Kompetenz.

① 1,5 % Auslastung (von Rolf Rickenbach)

Diese Rechnung habe ich noch nicht gemacht. Wenn wir mit Nachbargemeinden einen Vergleich machen, dann sind wir relativ gut ausgelastet. Es gibt auch Eltern, die andere Angebote nutzen (Vereine, Trainingslager etc.). Es ist aber ein sehr wichtiges Angebot, um den Beruf und die Familie unter einen Hut zu bringen.

① Tarifgestaltung

Sind die 20 Franken zu tief angesetzt? Ich kann die Fragestellung nicht nachvollziehen. Auch die Erschwinglichkeit der Eltern muss berücksichtigt werden. Der Sockelbeitrag von 20 Franken wurde im Parlament bereits diskutiert. Wir haben mehrere Modelle vorgelegt. Ich sehe nicht ein, einen Richtungswechsel einzugehen. Sollte die Nachfrage explodieren, dann müsste die Gestaltung des Tarifs neu überdenkt werden.

① Wer nutzt die "Familieninsel"

Diese Frage haben wir so nicht evaluiert. Das Ganze ist sehr aufwendig. Welche Daten dürfen erhoben werden? Das Einverständnis der Eltern müsste abgeholt werden.

① Auftrag GGR

Wir haben eine quantitative Umfrage (keine qualitative) vorgenommen (gemäss dem Auftrag des GGR). Für zusätzliche Abklärungen müssten wir auf personelle Ressourcen zugreifen können.

Rolf Rickenbach (FDP): Noch zu meiner Frage: Welche Partei bezahlt wie viel?

Das ist kein grosser Aufwand. Wie viel ist dem Gemeinderat bereits heute bekannt? Ist die "Ferieninsel" Standortmarketing?

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Der Beitrag kann ich heute Abend nicht auswendig beziffern. Die alleinerziehenden Mütter sind bei der Abteilung Soziales registriert. Hier besteht Bedarf. Häufig nutzen die Kinder der Tagesschule auch die "Ferieninsel".

Zu den Beiträgen: Die Informationen können noch nachgeliefert werden.

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Rolf, was willst du mit diesen Zahlen erreichen? Was ist der Hintergrund deiner Frage?

Meine Kinder haben gegen Schluss des „Lockdowns“ ebenfalls die Tagesschule besucht. Hätte der Lockdown noch länger befolgt werden müssen, dann wären noch mehr Kinder in die Tagesschule übergetreten. In einer zweiten Welle werden ebenfalls mehr Kinder eintreten. Zum Glück war das Angebot da und wir haben dieses genutzt. Das Ganze beruht auf einem freiwilligen Entscheid.

Wir sind jetzt erst in der Anfangsphase. Das Projekt "Ferieninsel" wird heute Abend fix installiert. Jetzt können wir nicht schon auf Erhebungen zugreifen. Auch die Mund zu Mund Propaganda ist ein wichtiges Instrument. Letztendlich ist es mir egal, ob eine alleinerziehende Mutter oder eine vierfache Familienfrau ihre Kinder in die Tagesschule schickt.

Wichtig bei diesem Geschäft ist: "Die Familie und die Arbeit" unter einen Hut bringen und das die Gemeinde Ostermundigen mit von der Partie ist!

Sandra Löhner (CVP): Wegen der Werbung und welche Kinder benutzen das Angebot: Kinder der Tagesschule werden mit dem Flyer bedingt, d. h. wer die Tagesschule benutzt, nutzt vielfach auch die Ferieninsel. Die Werbemassnahmen müssen geprüft werden, vielleicht kann dann die Klientel geändert werden.

Silvia Fels (EVP): Ich habe noch eine Frage zum bestehenden Angebot:

Will die Abteilung Soziales überhaupt, dass das Angebot noch viel mehr genutzt wird? Oder steigen damit die Kosten?

Ich verstehe nicht, wieso der Flyer nicht allen Schulkindern in Ostermundigen abgegeben wird.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Der Flyer wird allen Kindern in Ostermundigen abgegeben.

Eine Präzisierung zur "Tagesschule": Dort haben wir den direkten Zugang zu den Eltern und der Flyer wird der Rechnung beigelegt. Selbstverständlich werden die Flyer in den Schulen und ebenfalls in den Bibliotheken aufgelegt.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der GGR nimmt die Berichterstattung der „Projektphase Ferieninsel“ zur Kenntnis.
2. Der GGR bewilligt die Überführung der „Ferieninsel“ von der Projektphase zu einem fixen Dienstleistungsangebot der Gemeinde Ostermundigen.
3. Der GGR bewilligt die wiederkehrenden Kosten für das Dienstleistungsangebot „Ferieninsel“. Hierfür werden im Budget 2021 fortfolgend Kosten von CHF 55'000.00 und Einnahmen von CHF 20'000.00 eingestellt.

42.2.42 Leitungsnetz: Hauptleitungen, Neuerstellung

302. Wasserversorgung; Gruben- und Paracelsusstrasse; Neuerstellung von öffentlichen Wasserleitungen; Genehmigung eines Investitionskredits

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Gerne möchte ich die nachträglich gestellten zwei Fragen von GPK-Mitglied Roland Rüfli (parteilos) beantworten:

1. Überbauung Areal Kästli; wie sehen die Bodenproben in diesem Perimeter aus?
2. Abwasserleitungen; ist noch genügend Platz für das Regenwasser vorhanden?

Meine Antworten lauten wie folgt:

Zu Punkt 1: Die bestehende Versickerungsanlage auf dem Areal neu "Belano" ist unter der Aufsicht der Abteilung Tiefbau + Betriebe erbaut worden. Die Parzelle ist altlastenfrei!

Zu Punkt 2: Die Abklärungen haben ergeben, dass die Versickerungsanlagen neu geplant werden müssen (schlechter Versickerungswert auf der Seite Grubenstrasse). Zusammen mit den Planern wurde eine Umleitung in ein Retentionsfilterbecken an die Hand genommen.

Ich werde meine Ausführungen dem Ratssekretär zuhanden des heutigen GGR-Protokolls abgeben.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Plenum vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Für die Neuerstellung von öffentlichen Wasserleitungen zur Erschliessung der Überbauung „Belano“ an der Gruben- und Paracelsusstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserversorgung ein Kredit von CHF 425'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt (früher: 42.313)

303. Abwasserentsorgung; Perimeter "Rörswilstrasse"; Erneuerung und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen; Genehmigung eines Investitionskredits

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Ich hoffe, dass ist der letzte Plastiksack, welcher ich heute Abend benötige. Ich möchte noch Ergänzungen zu den gemachten Aussagen in der Botschaft anfügen:

- Wie alt sind die Abwasserleitungen in diesem Perimeter, das diese bereits ersetzt werden müssen?
- Wie verhält sich der Zusammenhalt mit der "Räumliche Entwicklungsstrategie" bzw. mit der Raumplanung in den nächsten 15 Jahren?
- Ist die Erweiterung eine Überraschung?
- Wie viel kommt noch auf uns zu?

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Ich kann die Fragen heute Abend nicht 100 %ig beantworten. Meine Ausführungen sind die folgenden:

- Ein grösserer Leitungsdurchmesser wurde nötig. Die verdichtete Bauweise anhand der grossflächigen Terrassen (ohne Versickerungsmöglichkeiten) hat dazu geführt.
- In Zukunft soll von Anfang an mit den richtigen Dimensionen geplant werden. Das Aha-Erlebnis war bei mir gross.
- Die Leitungen in der Bernstrasse werden erneut geplant.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Für die Erneuerung und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen sowie für das Anpassen von öffentlichen Wasserleitungen in der Rörswilstrasse und in einem Teil der Bernstrasse wird ein Kredit von CHF 943'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.

Von diesem Kredit werden CHF 898'000.00 als neuer Investitionskredit zu Lasten der Investitionsrechnung Spezialfinanzierung „Abwasser“ und CHF 45'000.00 als Nachkredit zu Lasten der Erfolgsrechnung 2020 der Spezialfinanzierung „Wasser“ gebucht.

304. Orientierungen des Gemeinderates

50.6.33 Krankheiten, Epidemien

a) Corona-Pandemie; Stand des Geschäftes

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Im GPK-Protokoll wurden die wichtigsten Sachen bereits verfasst. Noch einpaar Ergänzungen:

H = Humor: In dieser schwierigen Zeit war Humor oftmals ein guter Ratgeber.

K = KrisenKöpfeKennen: Wir waren extrem schnell und gut unterwegs.

L = Landeskirchen: Die Zusammenarbeit mit den Landeskirchen sowie der Spitex war sehr gut. Die Nachbarkeitshilfe konnte ins Leben gerufen werden.

O = Offene Kinder- und Jugendarbeit: Diese wurde am Anfang der Krise auf die "Piste" geschickt; den Kindern wurden die offenen Spielplätze bekannt gegeben.

Z = Zivilschutzorganisation Bantiger: Über mehrere Wochen wurden Zivis in die Altersheime von Ostermundigen ab detachiert; eine sehr wertvolle Unterstützung.

Wichtig sind nach wie vor:

→ Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei! Die Schutzvorschriften sind nach wie vor einzuhalten.

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

b) Kooperation Bern; Stand des Geschäftes

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die von der Gemeinde Ostermundigen geplanten Veranstaltungen (Infoabend und Workshop) konnten noch vor dem Corona-Lockout durchgeführt werden. Viele andere Gemeinden konnten ihre Veranstaltungen nicht mehr durchführen. Die Konsultationsphase wurde bis am 10. Juli 2020 verlängert. Anschliessend werden innert kürzester Zeit die Eingaben ausgewertet (zuhanden des Projektrates). Mitte August 2020 wird sich der Gemeinderat mit der Thematik auseinander setzen und die Stossrichtungen des Geschäftes festlegen. Eine Kurzkonsultation findet während den Monaten August/September 2020 statt. Am 17. Dezember 2020 soll das Parlament über den Schlussbericht der Machbarkeit, die Auswertung der Konsultation, die Anträge für das weitere Vorgehen sowie über einen Kredit für die Fusionsverhandlungen beschliessen.

Aktuell sind nur noch die Stadt Bern und die Gemeinde Ostermundigen im Zeitplan. Die übrigen Projektpartner benötigen durch den Unterbruch von CV19 zusätzliche Zeit (u. a. für die Durchführung ihrer Partizipations- und Konsultationsanlässe).

10.3.74 Interpellation
63.13.10 Betrieb

c) Kindertagesstätte "Oberfeld"; Information

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Der Gemeinderat ist sich einig, dass die dringliche Interpellation heute Abend beantwortet werden kann. Ich verlese den Interpellationstext (siehe Traktandum Nr. 305).

Die Kindertagesstätte "Oberfeld" führt zu Unsicherheiten. Dieser Sachverhalt ist nicht vom Tisch zu weisen. Die Angelegenheit liegt bei der Abteilung Soziales. Als erste Massnahme wurde ein runder Tisch einberufen. Die Ausgangslage wurde primär ausgelotet.

Was unternimmt der Gemeinderat, wenn die Kindertagesstätte geschlossen werden muss? Diese Frage kann ich heute Abend nicht beantworten. Die Frage ist Teil der Lösungserarbeitung. Der Informationsfluss zu allen Beteiligten (Mitarbeitende, Eltern etc.) ist sichergestellt. Sobald mehr Informationen zur Verfügung stehen, werde ich das Parlament ins Bild setzen.

Bettina Fredrich (SP): Das Bedürfnis nach Informationen ist vor allem bei den Eltern und den Mitarbeitenden sehr gross. Wir wissen heute nicht, wie es Ende August 2020 weiter geht. Die Warteliste der Kindertagesstätte kennt 160 Kinder. Warten und nicht informieren steht für mich ausser Frage! Will der Gemeinderat die Plätze behalten?

Die Eltern und die Mitarbeitenden sollten möglichst schnell informiert werden.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Die beteiligten Parteien des runden Tisches müssen zuerst einen Lösungsweg finden. Erst dann kann die Gemeinde resp. der Gemeinderat tätig werden. Wir dürfen und können nicht vorsehen.

Silvia Fels (EVP): "Die Parteien dürfen sich zurückziehen". Dürfen die Eltern- und Mitarbeitendervertreter mit ihren Parteien Rücksprache nehmen?

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Wird die Diskussion gewünscht, als dann müssten wir über diese abstimmen (Ordnungsantrag!).

Möchte der Grosse Gemeinderat über die dringliche Interpellation debattieren?

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag wird mit 19 zu 1 Stimme angenommen.

Yannick Buchter (SVP): Ich möchte mich als Vater, welcher seinen Sohn seit 2 1/2 Jahren in die Kindertagesstätte "Oberfeld" schickt, zur Sache äussern. Wichtig ist ein Blick auf die Geschichtsschreibung:

- Seit „pop e poppa“ installiert worden ist, hat es ständige Veränderungen in der Kindertagesstätte gegeben. Zum Beispiel haben die Mitarbeiterinnen nicht mehr zusammen mit den Kindern das Mittagessen eingenommen. Wir Eltern haben daraufhin interveniert.
- Der Kindergartenhort und der Mittagestisch wurden ersatzlos gestrichen. Die Leistungen wurden laufend abgebaut.
- Sämtliche Mitarbeitende haben sich geweigert, neue Arbeitsverträge zu unterzeichnen (Lohnverzicht von 5 Prozent).

Daraufhin haben sich die Eltern zusammengeschlossen und einen Brief an die Leitung der Kindertagesstätte verfasst. Jeden Tag wird in der WhatsApp-Gruppe ein enormer Informationsaustausch durchgeführt.

?)

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Die Frage von Silvia Fels (EVP) möchte ich noch beantworten:

Die Eltern werden von den Elternvertretern ins Bild gesetzt. Dies war ein Teil der Abmachung am runden Tisch. Wir möchten an diesem Weg festhalten.

→ Wir behandeln das Geschäft mit höchster Priorität! Wir nehmen die Situation sehr ernst!

Bettina Fredrich (SP): Besten Dank für die Erklärungen und Erläuterungen. Die Frage Nr. 3 ist noch nicht beantwortet worden:

Was unternimmt der Gemeinderat, um den Fortbestand zu sichern? Was macht Ostermündigen, wenn die Kindertagesstätte schliessen muss?

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Sobald die Zeit reif ist, werde ich den Informationsfluss in Gang setzen. Wir werden alles daran setzen, die Kindertagesstätte "Oberfeld" zu sichern.

10.3.72	Motionen
10.2.73	Postulate
10.2.73	Interpellationen
10.2.74	Einfache Anfragen

d) Hängige parlamentarische Vorstösse; Stand der Geschäfte

Gemeindeschreiberin Barbara Steudler: Es geht um die unbeantworteten, parlamentarischen Vorstösse:

?) 19:55 Uhr: Christoph Leiser (FDP) verlässt die Sitzung. Judith Hangartner (parteilos) tritt der Sitzung bei. Es sind immer noch 27 Mitglieder anwesend.

Ich wurde vom Gemeinderat beauftragt, eine Liste der unerledigten "Motionen" und "Postulate" zu erstellen. Die Liste wurde auf den Ratstischen aufgelegt. Per dato sind insgesamt 13 parlamentarische Vorstösse unbeantwortet (8 Motionen und 5 Postulate).

10.9.23 Stellenschaffungen, Neu/Temporär

e) Hochbau; Stellenetat

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Im Februar 2019 wurde durch das Parlament eine Kreditgenehmigung für zwei Stellen gesprochen.

- ① Die Stelle "Projektleiter" ist seit September 2019 besetzt.
- ① Die Stelle „Stellvertretender Bauverwalter“ wurde zweimal ausgeschrieben und konnte bis heute noch nicht besetzt werden.

Des Weiteren konnte die Stelle "Energieberater" per 1. Juni 2020 wieder besetzt werden. Trotzdem müssen immer noch "externe Kosten" verbucht werden.

Persönliche Erklärung

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank allen Mitarbeitenden sowie Freiwilligen für ihren Einsatz während des Lockouts. Heute ist die Situation etwas entspannter.

In einem Punkt möchte ich als Mitglied des Büros GGR in Zukunft eine Verbesserung:

Die Absage für die letzte GGR-Sitzung vom 7. Mai 2020 kam vom Gemeinderat/Verwaltung anstelle vom Büro des GGR. Die Gewaltentrennung sollte auch auf dieser Stufe funktionieren. Der Entscheid des Gemeinderats nach den Entscheiden des Bundesrates ist nachvollziehbar. Deshalb Achtung für die Zukunft: Die Kommunikation war zu wenig klar.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Besten Dank Adrian für dein Votum. Es ist korrekt, die Vorlaufzeit war zu kurz. Die Rechtslage des Corona-Virus liess im Mai keine Sitzung zu. Kommunale Parlamente mussten in der ganzen Schweiz ihre Sitzungsdaten absagen. Bereits Mitte April 2020 musste über eine Verschiebung der GGR-Sitzung vom 7. Mai 2020 entschieden werden.

In Zukunft soll der Prozess besser funktionieren und das Büro GGR wird in aller Tiefe eingebunden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir (Gemeinderat und Verwaltung) sind für alle Hinweise in dieser hektischen Zeit dankbar. Adrian Tanner hat den Missstand zu Recht angesprochen. Die Sitzungsabsage wurde nur mit dem GGR-Präsidenten in Erwägung gezogen resp. auch veranlasst. Ich möchte mich für diesen Fehler entschuldigen.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Eine Frage an Maja Weber Hadorn ... - auf eine Protokollierung wird aus Datenschutzgründen verzichtet!

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Heute Abend sind die folgenden parlamentarischen Neueingänge beim Ratsbüro eingegangen:

- Dringliche, überparteiliche Interpellation Weiterführung der Kindertagesstätte „Oberfeld“; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung
- Volksmotion betreffend wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; parlamentarischer Neueingang
- Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind Deutschkurs zur Abteilung Soziales; parlamentarischer Neueingang
- Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Unterstützungsmassnahmen fürs Kleingewerbe in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang
- Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise; parlamentarischer Neueingang
- Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Was unternimmt Ostermundigen um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?; parlamentarischer Neueingang

- Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermündigen; parlamentarischer Neueingang

Ich möchte mich bei allen Beteiligten für das Engagement und den Einsatz bedanken. Ich wünsche allen schöne und erholsame Ferien!

10.3.74 Interpellationen

305. Dringliche, überparteiliche Interpellation Weiterführung der Kindertagesstätte „Oberfeld“; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung

Wortlaut

Gemäss Verwaltungsbericht 2019 befinden sich derzeit 163 Kinder auf Warteplätzen für einen Kitaplatz. Die Zahl steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Die Kita Oberfeld ist mit 25 Vollzeitplätzen die zweitgrösste in Ostermundigen. Nach Änderungskündigungen durch die Trägerschaft pop e popa steht deren Fortbestand auf dem Spiel. Die Eltern haben sich organisiert. Der GR war an einem runden Tisch mit allen Akteuren. Seither gab es keine Information an Eltern oder Mitarbeitende. Die Unsicherheit ist riesig. Ein Teil der Mitarbeitenden und Kinder ist bereits weg. Es besteht das berechnete Risiko, dass die Kita Oberfeld nach den Sommerferien nicht mehr existiert. Das ist schlecht für die Kinder, die Kontinuität brauchen, für die Eltern, die Planungssicherheit brauchen und für die Mitarbeitenden - letztlich aber auch für Ostermundigen:

Fragen

1. Was tut der GR, um den Fortbestand der Kita Oberfeld zu sichern?
2. Wann werden Mitarbeitende und Eltern informiert?
3. Falls die KITA Oberfeld schliessen muss, was unternimmt der GR, um die fehlenden 25 Plätze zu sichern?

Eingereicht am: 25. Juni 2020

sig: Bettina Fredrich (SP), S. Dähler (SP), H.R. Hausammann (SVP), S. Fels (EVP), A. Tanner (Grüne), P. Zeyer (SP), R. Rickenbach (FDP), 1 Unterschrift unleserlich, C. Zeyer (SP), M. Kuert (SP)

10.3.72 Motionen

306. Volksmotion betreffend wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt:

- öffentliche Nutzungen im Bereich Oberfeld/San Siro/Grube zu realisieren, insbesondere einen Quartiertreffpunkt - beispielsweise im Schützenhaus - mit Räumlichkeiten, die Privaten und Vereinen für ihre Aktivitäten zur Verfügung stehen;
- ein Projekt für solche öffentliche Nutzungen auszuarbeiten und dem Grossen Gemeinderat vorzulegen;
- dafür im Finanzplan mit 1. Priorität einen Betrag aufzunehmen, der mindestens 40 % der Mehrwertabschöpfung aus der Überbauungsordnung San Siro entspricht.

Begründung

Wir warten seit über 20 Jahren auf ein Quartierzentrum: Schon 1998 war auf dem San Siro ein Quartierzentrum vorgesehen, keine reine Wohnüberbauung.

Lebendige Quartiere machen eine Gemeinde für alle attraktiv und lebenswert.

Im Februar 2020 strich der Gemeinderat die Zentrumsfunktion aus der Überbauungsordnung San Siro mit dem Versprechen, diese sei neu im Schützenhaus vorgesehen. Alle Versuche, dort eine öffentliche Nutzung einzurichten, sind aber bisher gescheitert.

Verdichtet bauen ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Es muss aber auch sozialverträglich sein. Man darf die Menschen nicht vergessen, die hier wohnen. Jung und Alt müssen zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen können, damit sie sich in ihrem Quartier wohl fühlen, gerne zusammenleben und als Nachbar*innen zur Gemeinde Sorge tragen. Der Berner Wittigkofen mit Café, Quartierzeitung, Familienverein, Jugendtreff, Kulturarena und Sportplätzen kann dabei Vorbild sein.

Eingereicht am: 22. Juni 2020

sig. Sarah Aeschbacher und Mitunterzeichnende

10.3.72 Motionen

307. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind Deutschkurs zur Abteilung Soziales; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Organisation und die Koordination der Angebote zur sprachlichen Frühförderung der Abteilung Soziales zu übertragen, und das Angebot so anzupassen, wie es im überwiesenen Postulat vom April 2016 vom GGR angenommen wurde. Ausserdem ist sicherzustellen, dass die Gebühren für die Teilnehmenden finanziell zumutbar bleiben.

Begründung

Deutschfrühförderung ist ein Thema, das schweizweit aktuell ist. Der ehemalige Bildungsdirektor und heutige Nationalrat Christoph Eymann fordert eine schweizweite obligatorische Frühförderung. Die Stadt Bern setzt im Moment noch auf Freiwilligkeit, sollte dies aber nicht den erwünschten Erfolg bringen, wird ebenfalls ein Obligatorium in Erwägung gezogen, so wie es z. B. im Kanton Basel schon länger Tatsache ist.

In Ostermundigen wurde im April 2016 von der Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften eine Motion eingereicht mit dem Wortlaut: Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs. Die Motion wurde an der GGR-Sitzung vom 25.8.2016 behandelt und als Postulat überwiesen.

Ab diesem Zeitpunkt wurde das Geschäft von der Abt. öffentliche Sicherheit übernommen (vorher: Abt. Soziales).

Folgende Angebote sind seitdem entstanden, bzw. wurden von den verschiedenen Abteilungen weitergeführt:

1. **Abt. öffentliche Sicherheit:** Im Jahr 2017 konnten die neuen Kurse im UG der Bibliothek /Ludothek gestartet werden (Anbieter ISA Bern). Es sind Deutschkurse für Erwachsene, mit dem Zusatzangebot eines Hütedienstes für Kleinkinder. Es geht also v. a. um den Spracherwerb der Erwachsenen, und nicht um Sprachförderung für Kinder und deren Integration, wie das in der Motion gefordert wurde. Im überwiesenen Postulat vom August 2016 steht: „Die teilnehmenden Kleinkinder und ihre Eltern sollten **einerseits in der deutschen Sprache geschult werden, gleichzeitig sollte auch eine Verbesserung der Integration von Kleinkindern und Müttern angestrebt werden.** Eine Zusammenarbeit bzw. ein Austausch mit den Verantwortlichen des Programmes schrittweise soll angestrebt werden“.

Die Forderung nach einem Integrationsangebot wird mit dem aktuellen Angebot der ISA nicht erfüllt.

Auf unsere Anfrage hin hat die ISA mitgeteilt, dass in naher Zukunft auch das Angebot des Kinderhütedienstes nicht mehr wie bisher angeboten wird.

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. Juni 2020

2. **Abt. BKS:** Die Abt. BKS hat festgestellt, dass viele Kindergartenkinder ein grosses Sprachdefizit aufweisen. Kurzfristig wurde daraufhin der Elternverein angefragt, ob er ein Angebot zur Verfügung stellen kann, welches das Bedürfnis nach sprachlicher Förderung aufnehmen kann. Der EVO bietet seitdem einen Deutschkurs für Vorschulkinder an, während 6 Monaten vor Kindergarteneintritt. (Einmal pro Woche für 2 Stunden)
3. **Abt. Soziales:** Die Abteilung arbeitet seit vielen Jahren mit dem Elternverein Ostermundigen (EVO) zusammen. Kinder die im Programm schrittweise mitmachen, können eine Spielgruppe des Elternvereins besuchen. Spielgruppen sind sehr wichtig für den Spracherwerb der Vorschulkinder. Eine Lektion von 2 Std. pro Woche ist aber ungenügend. Der EVO hat ausserdem wie andere Vereine weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen, um die dringend nötigen Angebote weiter auszubauen.

Die aktuelle Situation ist ineffizient und unbefriedigend. Es kann nicht sein, dass die BKS, die Abt. öffentliche Sicherheit und die Abt. Soziales verschiedene Angebote organisieren, ohne sich untereinander zu koordinieren.

Durch einen Wechsel zur Abt. Soziales, durch bessere Koordination und einem selektiven, kostenoptimalen Ausbau, soll folgendes erreicht werden:

1. Die Vorschulkinder sind besser auf den Kindergarteneintritt vorbereitet. Ihre Deutschkenntnisse verbessern sich und sie können sich im Kindergarten und in der Schule besser mit anderen Kindern verständigen.
2. Die Eltern werden bei der Sprachförderung einbezogen und werden ebenfalls geschult. Sie werden durch die Integrationskurse zusätzlich gefördert, z. B. in Themen wie dem schweizerischen Schulsystem oder der generellen Mitwirkung der Eltern während der Schulzeit.

Aus diesen Gründen fordern wir, dass die Koordination obiger Angebote und insbesondere der Deutschkurse für Vorschulkinder und ihrer Eltern von der Abt. Soziales übernommen wird. Die Abt. Soziales ist die richtige Abteilung, da nur so eine enge Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen von schrittweise möglich ist. Die Weiterführung der Deutschkurse für Vorschulkinder muss unbedingt gewährleistet werden, auch wenn die ISA das Angebot nicht mehr weiterführt.

Ausserdem muss sichergestellt werden, dass die Angebote für die Teilnehmer finanziell zumutbar bleiben. Die Kursgebühr soll, ähnlich wie bei den Kita- oder Tagesschultarifen, einkommensabhängig erhoben werden.

Eingereicht am: 25. Juni 2020

sig: Priska Zeyer, C. Nova, J. Hangartner, S. Dähler, C. Zeyer, B. Fredrich, E. Selmani,
M. Kuert

10.3.73 Postulate

308. Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Unterstützungsmassnahmen fürs Kleingewerbe in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der GR wird beauftragt, Unterstützungsmassnahmen zur Abfederung der Corona Krise in Ostermundigen zu prüfen. Folgende Massnahmen sollen im Detail erörtert werden:

- Einrichtung eines Solidaritätsfonds für Härtefälle respektive Anschluss an einen Solidaritätsfonds in umliegenden Gemeinden
- Abgabe von Gutscheinen an die Haushalte für die Unterstützung des lokalen Gewerbes
- Unbürokratische Genehmigung zur Ausweitung der Geschäftsflächen/Aussenräume für Restaurationsbetriebe

Begründung

Die Corona Krise hat die Welt voll erfasst. Seit zwei Monaten sind weite Teile des öffentlichen und privaten Lebens stillgelegt oder schwer beeinträchtigt. Der wirtschaftliche Einbruch ist beträchtlich. Man rechnet damit, dass das BIP in der Schweiz um bis zu sieben Prozent sinken könnte. Dies wird auch Ostermundigen beeinträchtigen.

Im Wissen um die knappen finanziellen Ressourcen von Ostermundigen gilt es nun, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie das Kleingewerbe unterstützt werden könnte. Mittelfristig hilft es der Gemeinde, wenn Konkurse verhindert werden können und Betroffene ihre Lebensgrundlage behalten.

Mit einem ausserordentlichen Effort versuchen Bund und Kanton die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern. Kurzarbeitsentschädigungen für Arbeitnehmende, Liquiditätshilfen für Unternehmen, Zugang zur Erwerbsersatzordnung für Selbstständige etc. Das Instrumentarium ist beeindruckend und mag tatsächlich wirken, aber es kann nicht jedes Problem lösen, weil nicht jedes Problem in die eng gefassten Raster passt.

Besonders empfindlich getroffen werden Selbstständige und Mikrounternehmen, die sich in normalen Zeiten gut über Wasser halten können, aber keine oder nur kleine Reserven haben und durch den Wegfall eines wichtigen Teils des Umsatzes die Existenzgrundlage entzogen wird. Für diese Betriebe sind Liquiditätshilfen des Bundes oft ein zweischneidiges Schwert, weil sie schnelle Liquidität um den Preis langfristiger Verschuldung erhalten. Das ist für viele dieser Kleinbetriebe kein sinnvolles Angebot.

Der GR wird deshalb aufgefordert, die Einführung eines Solidaritätsfonds sowie die Abgabe von Gutscheinen an die Haushalte zur Unterstützung des lokalen Gewerbes, so wie sie in Bern, Thun, Biel, Steffisburg u.a.m. eingeführt werden, zu prüfen.

Aber auch der Ausstieg aus der Krise generiert Kosten. Die vom Bundesrat festgelegte Strategie beinhaltet weiterhin Distanz- und Hygieneregeln. Diese für den Gesundheitsschutz notwendigen Einschränkungen bedeuten jedoch für die Betriebe Mehrkosten respektive Mehraufwand, welche die finanzielle Tragbarkeit der Wiederaufnahme ihrer Aktivitäten - zumin-

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. Juni 2020

dest teilweise – in Frage stellen. Der Gemeinderat soll deshalb prüfen, wie die Verantwortlichen von Läden, Restaurants und Institutionen bei der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit unterstützt werden können.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die unbürokratische Genehmigung zur Ausweitung der Geschäftsflächen/Aussenräume für Restaurationsbetriebe zu prüfen.

Eingereicht am: 25. Juni 2020

sig. Bettina Fredrich, S. Dähler, P. Zeyer, R. Saibaven, E. Selmani, A. Tanner (Grüne)

10.3.74 Interpellationen

309. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Um Entlassungen und Lohneinbussen zu verhindern, hat der Bundesrat in der Corona-Krise eine «Lohngarantie» versprochen. Er hat die Kurzarbeit ausgedehnt und einen Elternurlaub eingeführt. Dank diesen Massnahmen gibt es weniger Entlassungen und weniger Konkurse. Die Zahl der Arbeitnehmenden mit Kurzarbeit schnellte schweizweit auf ein Allzeithoch von über 1,5 Millionen. Am stärksten betroffen sind das Gastgewerbe, der Kultur- und Eventbereich sowie der Detailhandel. Kurzarbeit ist ein wichtiges Instrument, sie löst aber nicht alle Probleme der Corona Krise. Menschen mit tiefen Einkommen können trotz Kurzarbeit ihre Existenz nicht sichern, denn Kurzarbeit ersetzt nicht den ganzen Lohn, sondern lediglich 80 Prozent davon. Darüber hinaus wird Kurzarbeit die Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Schon heute sehen wir einen Anstieg und die Prognosen sind nicht gut. Armut in der Schweiz steigt. Die Hilfswerke und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS haben bereits darauf hingewiesen.

Verglichen mit den Nachbargemeinden hat Ostermundigen tiefe Steuereinnahmen pro Kopf und eine hohe Sozialhilfequote. Der günstige Wohnraum in Stadtnähe zieht Menschen mit kleinen Einkommen nach Ostermundigen. Schon vor der Corona Krise wohnten in Ostermundigen überdurchschnittlich viele armutsbetroffene und armutsgefährdete Einzelpersonen und Familien. Die Armutsbekämpfung ist mit Corona speziell gefordert. Studien zur Sozialhilfe zeigen deutlich: Je länger die Zeitspanne, während der jemand auf Sozialhilfe angewiesen ist, desto kleiner die Chance, wieder von der Sozialhilfe los zu kommen. Für die Betroffenen wie auch für Ostermundigen sind die Armutsbekämpfung und Investitionen in die Ablösung aus der Sozialhilfe deshalb zentral.

Fragen

1. Gemäss SKOS Monitor sind bereits drei Monate nach dem Corona Ausbruch schweizweit deutlich mehr Personen von Sozialhilfe abhängig. Wie haben sich die Sozialhilfezahlen in Ostermundigen seit anfangs 2020 entwickelt?
2. Welche Massnahmen wurden ergriffen, um die betroffenen Menschen in Zeiten von Corona rasch und niederschwellig zu unterstützen?
3. Auch Menschen mit kleinen Einkommen haben oft eine Reserve für 2-3 Monate, um über die Runden zu kommen. Diese dürfte jedoch spätestens im Sommer aufgebraucht sein. Wie bereitet sich Ostermundigen auf steigende Sozialhilfezahlen in den kommenden Monaten vor?
4. Studien zeigen, dass im Kanton Bern ein Viertel der Armutsbetroffenen aus unterschiedlichen Gründen keine Sozialhilfe bezieht. Dieser Nichtbezug ist für die Gesellschaft höchst problematisch. Die Menschen sind allein gelassen und verfügen nicht über die Mittel sich gesellschaftlich und sozial zu integrieren. Die SKOS geht davon aus, dass auch

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. Juni 2020

der Nichtbezug in den kommenden Monaten zunehmen wird. Was tut Ostermundigen, um Armutsbetroffene Menschen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen, zu erreichen?

5. Für eine nachhaltige Ablösung aus der Sozialhilfe ist eine kontinuierliche Beratung der Betroffenen sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zentral (Aussage Christoph Eymann FDP, NZZ am Sonntag, 21.6.2020 S.7). Was tut Ostermundigen, um Menschen aus der Sozialhilfe abzulösen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Reichen diese Massnahmen zu Zeiten von Corona?
6. Gemäss Verwaltungsbericht 2019 betreut eine Sozialarbeitende (100 %) 96.5 Fälle. Hat sich das seit Corona verändert? Reichen die Ressourcen in Ostermundigen für eine wirksame Beratung?

Eingereicht am: 25. Juni 2020

sig. Bettina Fredrich, S. Dähler, P. Zeyer, M. Kuert, J. Hangartner, C. Nova, R. Saibaven,
E. Selmani, A. Tanner (Grüne)

10.3.74 Interpellationen

310. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Was unternimmt Ostermundigen um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Das Staatssekretariat für Wirtschaft seco prognostiziert aufgrund der Covid-19-Krise eine starke Rezession. Der Produktionsausfall beträgt aktuell durchschnittlich 25 Prozent. Gemäss ersten Prognosen des seco resultiert ein Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 7,1 oder gar 10,4 Prozent. Über 2 Mio. Menschen sind zurzeit von Kurzarbeit betroffen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum letzten Jahr um 43 Prozent erhöht. Die wirtschaftliche Situation hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den Lehrstellenmarkt. Zudem ist mit einem Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen, weil junge Arbeitnehmende erfahrungsgemäss zuerst von Entlassungen betroffen sind.

Aktuell sehen sich Jugendliche, welche im Sommer 2020 eine Lehre aufnehmen wollten, zudem vermehrt mit der Situation konfrontiert, dass die provisorische Zusage für die Lehrstelle vom Arbeitgeber kurzfristig zurückgezogen und der Lehrvertrag nicht ausgestellt wird. Knapp 2 Monate vor Schulschluss stehen diese Jugendliche ohne jegliche Anschlussmöglichkeiten und Perspektiven da.

Fragen

Der Gemeinderat wird eingeladen, die folgenden Fragen zu beantworten und dem Grossen Gemeinderat entsprechend Bericht zu erstatten:

1. Hat Ostermundigen konkrete Zahlen darüber, wie viele Schulabgänger*innen aufgrund der Covid-19-Krise im Sommer 2020 keine Anschlusslösung haben?
2. Sind die Schulen in Ostermundigen auf diese Situation vorbereitet und sieht Ostermundigen in Zusammenarbeit mit den Beratungs- und Fachstellen für diese Jugendlichen ein rasch verfügbares, zusätzliches Beratungsangebot vor?
3. Kann Ostermundigen ihr eigenes Lehrstellenangebot kurzfristig für den Sommer 2020 erhöhen?
4. Sieht Ostermundigen Möglichkeiten, Lehrstellenanbieter darin zu unterstützen, die bereits in Aussicht gestellten Lehrstellen auch tatsächlich zu vergeben, allenfalls kurzfristig weitere Lehrstellen zu schaffen sowie Lehrabgänger*innen im Lehrbetrieb weiter zu beschäftigen?
5. Welche Massnahmen sieht Ostermundigen vor, um der für die über die akute Covid-19-Krise hinaus fortdauernde Problematik der befürchteten massiven Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen?

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. Juni 2020

6. Gibt es eine Möglichkeit, bei öffentlichen Vergaben, Unternehmungen, die Lehrstellen anbieten, noch stärker zu berücksichtigen?

Begründung der Dringlichkeit: Das Schuljahr endet am 3. Juli 2020. Durch die Covid-19-Krise fehlt gewissen Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit eine Anschlusslösung. Und damit eine Zukunftsperspektive. Darum ist wichtig, die angefragten Informationen möglichst rasch zu erhalten.

Eingereicht am: 25. Juni 2020

sig. Stefanie Dähler, P. Zeyer, M. Kuert, C. Nova, B. Fredrich, R. Saibaven, A. Tanner
(Grüne)

10.3.74 Interpellationen

311. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Im Januar 2009 verabschiedete der Grosse Gemeinderat mit 17 zu 7 Stimmen eine breit abgestützte Motion zum Veloverkehr in Ostermundigen. Diese Motion war Teil einer Serie von Motionen, die sich um die Verbesserung der Verkehrssituation in Ostermundigen drehten. Sie war begleitet von Motionen, die eine neues Verkehrskonzept mit verkehrsberuhigten Zonen anregten, zusätzliche Geräte zur Messung der Geschwindigkeitsübertretungen und den Anschluss an die Veloschnellstrassen in der Hauptstadt der Region forderten. Ausserdem wurden im Grossen Gemeinderat Gedanken für die bessere Erschliessung mit den öffentlichen Verkehr gewälzt.

Gut zehn Jahre später ist von diesen zum Teil mit sehr guten Mehrheiten verabschiedeten Motionen wenig bis gar nichts umgesetzt. Auf Verkehrsberuhigungsmassnahmen verzichtet die Gemeinde nach wie vor; die anachronistischen 40 km/h Zonen – weder Fisch noch Vogel – bleiben bestehen und die, in einem für teures Geld bestellten, guten Bericht dargestellten, Gefahrenstellen für den Veloverkehr sind nicht ausgemerzt.

Ein integriertes Verkehrskonzept, gute Angebote für den öffentlichen Verkehr und für den Langsamverkehr und verkehrsberuhigte Strassen sind aus vielen Gründen für eine Gemeinde wertvoll. Sie reduzieren die Lärm- und Luftbelastung – das Bundesamt für Umwelt weist pro Jahr 2'300 unnötige Tote aufgrund der Luftverschmutzung aus – fördern die Gesundheit durch mehr Bewegung, erhöhen die Lebensqualität und tragen nicht zuletzt zu einem sorgsamem Umgang mit Energie und zu geringeren Emissionen des Klimagases CO₂ bei.

Guten Luft, Verkehrsberuhigung, wenig Lärm und gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, machen einen Standort attraktiv – insbesondere für zahlungskräftige Menschen aus dem Mittelstand. Es ist deshalb umso unverständlicher warum ein Gemeinderat, der immer darüber jammert, dass Ostermundigen für guten Steuerzahler nicht attraktiv sei, in diesem Bereich derart passiv unterwegs ist.

Wir sind uns im Klaren, dass die Gemeinde finanziell nicht besonders gut dasteht. Wir haben deshalb auch ja gesagt, dass die teureren Massnahmen zugunsten des Veloverkehrs zurückgestellt werden. Wir haben aber damals vom Gemeinderat das Versprechen bekommen, dass die kleineren kostengünstigen Massnahmen beschleunigt umgesetzt würden und dass man auch grössere Massnahmen im Rahmen vorgenommener Sanierungen von Strassenabschnitten umsetzen würde. Wurde dieses Versprechen eingehalten?

Wer heute mit dem Velo durch die Gemeinde fährt, stellt fest, dass verschiedene gefährliche Stellen nach wie vor nicht bereinigt sind. Beispielsweise ist es als Velofahrer/in immer noch nicht möglich, vom Dammweg herkommend, Richtung Bern einzuspuren ohne gleichzeitig mehrere Gesetze zu brechen und sein Leben zu riskieren. Kostengünstige Massnahmen, diese Situation zu bereinigen wären vorhanden. Scheinbar hat jedoch niemand ein Interesse daran, für die Sicherheit der Velofahrer/innen aktiv zu werden. Obwohl – gerade jetzt – immer breitere Kreise sich für den Veloverkehr interessieren, bleibt der Gemeinderat merkwürdig passiv.

Stattdessen stauen sich die Autos in den Stosszeiten, während der Gemeinderat durch den grossen Gemeinderat immer wieder motiviert werden muss, bei Überbauungsordnungen Mobilitätskonzepte einzufordern.

Als Folge von Covid 19 besteht die Möglichkeit, dass sich die Situation nach akzentuiert. Befürchtungen um die Gesundheit können dafür sorgen, das – ob temporär oder auf lange Sicht der öffentliche Verkehr als wenig attraktiv wahrgenommen wird. Eine Verschiebung Richtung motorisierter Individualverkehr würde die bereit virulente Stauproblematik noch verschärfen. Gute Angebote für den Langsamverkehr schaffen hier Abhilfe und sind deshalb auch im Interesse motorisierten Individualverkehrs. Proaktive Politik ist daher essentiell.

Wir wollen die zu Ende gehende Legislaturperiode zum Anlass nehmen, dem Gemeinderat folgende Fragen zu unterbreiten:

Fragen

1. Welche Massnahmen aus dem 2010 verfassten Bericht zur Gefahrensituation im Veloverkehr in Ostermundigen wurden umgesetzt?
2. Welche dieser Massnahmen waren kleine Massnahmen die zusätzlich zum normalen Strassenunterhalt umgesetzt wurden?
3. Welche Massnahmen wurden im Rahmen grösserer Sanierungen umgesetzt?
4. Welche Massnahmen wurden bis jetzt nicht umgesetzt und bis wann ist deren Umsetzung geplant?
5. Wie weit ist die Gemeinde bezüglich dem Anschluss an die Velo-Schnellstrassen der Hauptstadtregion?
6. Wann wird das versprochene Konzept zur Verkehrsberuhigung endlich geliefert und bis wann soll es umgesetzt werden?
7. Welches Grundkonzept in der Gestaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen strebt der Gemeinderat an?
8. Wann werden die zusätzlichen Messstellen zur Messung von Geschwindigkeitsüberschreitungen endlich realisiert?
9. Wie ist der Stand zur Verbesserung der Erschliessung der eher abgelegenen Quartiere durch den öffentlichen Verkehr?
10. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um Mobilitätsketten, d.h. die optimale Kombination von verschiedenen Verkehrsmitteln zum Transport von A nach B zu unterstützen?
11. Welche Massnahmen hat der Gemeinderat geplant, um die Staus in den Stosszeiten zu reduzieren?

12. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass in Zukunft bei Erlass von Überbauungsordnungen das Thema Mobilität adäquat abgehandelt wird?

Eingereicht am: 25. Juni 2020

sig: Christian Zeyer, Judith Hangartner, Stefanie Dähler, Colette Nova, Bettina Fredrich, Priska Zeyer, Matthias Kuert, Saibaven Rajaratnam, Adrian Tanner, Emsale Selmani

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Hans Wipfli

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler a. i.:

Rajaratnam Saibaven

Markus Truog